

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und (bei Bestellung) 1.50 (inkl. Postgebühren). Preis des Einzelheftes 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenspalte ober oder unter 10 Zeilen. Restliche 30 Pf. Beilagen unter 25 Zeilen 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 31.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 6. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Ein gutes Wort ist wie ein Samenkorn . . .
es schweigt und schläft
und wacht erst auf
und wird zu Sinn erst und zu Sein,
fäst du's in deine Erde ein
und schaffst du dir's zu eigenem Leben.

Caesar Glaischen.

Ein Wort, das um des Gewissens willen gesagt werden muß.

Schon öfters fand ich in letzter Zeit im „Aufwärts“ die Behauptung ausgesprochen, der Nationalsozialismus habe ein Programm, nach dem die Wirtschaftspraxis der Gegenwart gelöst werden könnten. Dem Reichstag und der Regierung sei es bekannt, es sei auch noch nicht gelungen, die Undurchführbarkeit des Programms wissenschaftlich zu beweisen. Wenn diese Behauptung von dem Programm irgendeiner Partei gemacht würde, dann würde es mich im Augenblick nicht weiter berühren; aber bei der nationalsozialistischen Partei liegt die Sache doch wesentlich anders. Wenn man noch den Eindrücken der Gegenwart urteilen soll, dann darf gesagt werden, daß sie berufen sein wird, in absehbarer Zeit die Geschichte Deutschlands entscheidend zu bestimmen; dann wird aber das, was heute ihr Programmpunkt ist, eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes geworden sein. Wer das glaubt, oder auch nur befürchtet, wird, wenn er die Befähigung dazu hat, das Recht, aber auch die Verpflichtung fühlen, das Programm der NSDAP. auf seine Richtigkeit hin zu prüfen. Die NSDAP. wird sich vor die Aufgabe gestellt sehen, die seit Jahren bestehende Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In dem Maße, wie ihr das gelingen wird, wird unser Volk sich von dem tiefen Fall erheben, in den es nicht allein durch den verlorenen Weltkrieg, sondern noch mehr durch die zahlreichen Fehler, die seitens unserer Regierungen in der Nachkriegszeit gemacht worden sind, gestürzt ist. „Rein Volk hat so viele Fehler gut zu machen“, sagt Brüning, „wie das deutsche Volk.“ Wenn nun dem Volkswirtschaftler, der die Vorgänge der letzten Jahre gewissenhaft und ohne Bindung an die historisch überkommene Wirtschaftswissenschaft beobachtet hat, klar wird, daß das Wirtschaftsprogramm der NSDAP. vor einer ernsthaften Kritik nicht zu bestehen vermag, dann wird er der Behauptung gegenüber, das Programm sei nicht widerlegbar, unmöglich schweigen können. Es wäre geradezu ein Verbrechen, und er wäre ein Lump, wenn er es täte. Wenn ich also im folgenden den Beweis zu erbringen suche, daß das Föderische Wirtschaftsprogramm vor der Wissenschaft nicht standhält, so geschieht das nicht in der Absicht, der Bewegung, die einen großen Teil unseres Volkes ergriffen hat, zu schaden, sondern um unser ganzes Volk vor einem neuen Irrweg zu bewahren. Heute hat es sicher noch die Kraft, sich aus eigenem Vermögen zu erheben. Wenn aber noch zehn weitere Jahre am Mark unseres Volkes zehren sollten, dann möchte es zur Rettung vielleicht zu spät sein.

G. Feder spricht im Wirtschaftsprogramm der NSDAP. von einer Brechung der Zinsknechtschaft. Im Reichstag erklärte er aber, daß er Zinsen bis zu 5 Prozent gestatten wolle. Wie denkt er diesen Widerspruch zu lösen? Im Bewußtsein des Volkes ist der Gedanke lebendig geworden, daß nicht der Unternehmer, sondern die Finanzgewaltigen die Hauptgegner sind, und daß der Zins, in welchen Formen er auch erscheinen mag, die Schuld trägt, daß die Menschheit nicht mehr vorwärts kommt. Die Ausrede, die Feder jetzt gebraucht, er hätte mit der Zinsknechtschaft nur die Reparationslasten gemeint, ist sehr kümmerlich. Hier müssen wir also erwarten, daß die Führer der Bewegung sich klar darüber äußern, ob sie den Zins beseitigen wollen oder nicht, und auf welchem Wege sie die Brechung herbeiführen wollen. Vielleicht erübrigt es sich heute noch, schon über diesen Punkt zu sprechen. Nicht befriedigen kann aber die Erklärung Ab. Gitters, daß dann, wenn sie erst im Besitz der Macht wären, es an der Eingebung nicht fehlen würde. Das ist ein ganz gefährlicher Standpunkt. Die Sozialdemokraten wußten in dem Augenblick, als ihnen die politische Macht zufiel, nicht, wie sie sie gebrauchen sollten, weil sie wegen der stets geübten Verneinung es unterlassen hatten, über ein in die Tat umzusetzendes Programm nachzudenken. Sie waren froh, daß die Bürgerlichen die Verantwortung mit ihnen teilen wollten. Es möchte Ab. Gitter nicht besser ergehen. Darum ist zu wünschen, daß die NSDAP. das bislang Versäumte bald nachholen und ein Programm vorlegen wird, das die Kritik nicht zu scheuen braucht.

Wie sieht es aber mit dem andern Punkt ihres Programms, mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und mit der Durchführung des Wohnungsbauprogramms? Es ist leicht gesagt: „Wir wollen soviel Wohnungen bauen, wie wir brauchen!“ wenn das Kapital fehlt. Woher will der nationalsozialistische Staat das Geld nehmen? „Nichts ist leichter als das“, sagt G. Feder, „wir geben soviel Baubons aus, wie erforderlich sind. An eine Inflation braucht dabei nicht gedacht zu werden, denn die Baubons sind ja durch reale Werte, die entstehenden Häuser, gedeckt.“

Welch ungeheurer Irrtum, und welche mangelhafte Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Die ausgegebenen Baubons sollen eine Inflation nicht bringen? Wenn es nun aber so sicher wäre wie etwas? Überlegen wir uns die Sache! Wann treten Veränderungen in dem Preisstand der Waren, Inflation oder Deflation, ein? Immer dann, wenn das Verhältnis zwischen Geld- und Warenmenge gestört ist. Wenn die jährliche Produktion beispielsweise 50 Milliarden Mark beträgt, dann muß die Geldmenge nicht auch dieselbe Höhe haben, sondern es genügt erfahrungsgemäß 3 bis 6 Milliarden umlaufende Noten. Das kommt daher, daß der einzelne Geldschein von Hand zu Hand geht und dadurch bewirkt, daß die Waren von der Produktion zum Verbrauch gelangen. So oft ein Hundertmarkschein diesen Lauf bewerkstelligt, hat er das Nationalvermögen um 100 Mark vermehren helfen. Das geschieht bei dem jetzigen Wirtschaftsverlauf jährlich etwa zwanzigmal. Hier bis fünf Milliarden Mark Noten sind ausgegeben, aber etwa die Hälfte derselben dürfte heute zu Spekulationszwecken einen Leerlauf zwischen Banken und Börsen machen, so daß vielleicht nur 2 Milliarden Mark der Wirtschaft wirklich zur Verfügung stehen. G. Feder würde nun zur Belebung der Wirtschaft ruhig 1 Milliarde Mark für die Güter, die gerade erzeugt werden, in den Verkehr geben. Die Produktion kann sich aber nicht in dem Maße und so schnell entfalten, wie die Geldausgabe erfolgt, und darum muß eine kräftige Preissteigerung die Folge sein. In dem Augenblick aber, in dem die Preise der Waren merklich ansteigen, stürzt sich auch das Bürgertum auf den Markt der Realkapitalien. Es bewirkt nicht nur eine Vermehrung des wirklich umlaufenden Geldes um weitere zwei Milliarden — jetzt also fünf Milliarden statt zwei — sondern vor allen Dingen bewirkt es eine viel raschere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und der Warenumsätze. Die Arbeitslosigkeit wird verschwinden, aber die Inflation wird kaum aufzuhalten sein. Ob unser Volk in diesem ersten zweiten Währungsverfall zu ertragen, ist zu bezweifeln; jedenfalls dürfte der Widerstand gegen den Volkswirtschaftsmus stark erschüttert sein.

Die Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind immer wieder auf diese wahrscheinliche Entwicklung hingewiesen worden, sie haben aber bis jetzt noch immer ausweichend geantwortet. Es ist aber zu hoffen, daß sie die Ratsschläge, die ihnen ungebeten von den Menschen, die um die Zukunft unseres Volkes besorgt sind, gemacht werden, nicht unbeachtet lassen. Feder will die Goldwährung abschaffen, das würde der Wirtschaft zweifellos die Freiheit zur intensiveren Entfaltung geben, aber trotz dem oder gerade darum muß die Geldvermehrung mit aller Vorsicht gehandhabt werden. Die Notenausgabe darf unter keinen Umständen beliebig vergrößert werden, wie F. es vorschlägt, sondern sie muß sich sorgfältig an die Entwicklung der Produktion anschließen. Ein Barometer des Wirtschaftsverlaufs ist längst erfunden, es ist die Beachtung der Warenpreise. Eine aktive Wirtschaftspolitik verhindert sowohl die steigenden wie auch die fallenden Preise. Sie strebt zum festen Preisstand der Waren. Das ist ohne die Goldwährung sehr wohl möglich. Ob die NSDAP. sich zu einer Ausgestaltung ihres Programms entscheiden wird, mit anderen Worten, ob sie den Bruch mit dem internationalen Kapital nicht nur zu proklamieren, sondern auch auszuführen gewillt ist, davon wird es abhängen, ob sie noch mehr Anhänger gewinnen wird, oder ob sie einen recht beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder wieder verlieren wird. S. Bagis.

Um die Rechtfertigung des christlichen Volksdienstes.

Die politische Arbeit des Volksdienstes ist in der letzten Zeit Gegenstand lebhafter Kritik der Presse der Rechten gewesen, die, auf einer parlamentarischen Erklärung des Volksdienstes fußend, glaubte erwarten zu können, daß der Volksdienst sich mehr nach rechts orientiere. Hatte er doch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zusammensetzung der Regierung nicht mehr dem Volkswillen und dem Ergebnis der Wahlen entspräche und infolgedessen eine andere Zusammensetzung stattfinden müsse. Es ist durchaus verständlich, daß die Rechte in Ansehung dieser Erklärung die Haltung des Volksdienstes im Parlament nicht verstehen wollte.

Der Volksdienst bemüht sich nun eifrig, in öffentlichen Versammlungen seine Haltung vom Standpunkt seiner Weltanschauung zu rechtfertigen. Es war ein Genuß, im Marmorfaal bei Sagebiel in Hamburg, der in den letzten 10 Jahren viele Rede- und Saalschlachten erlebte, die Abgeordneten, Herrn Präsident Muntau und Herrn Baufsch zu hören. Während Präsident Muntau als Staatsbeamter und Jurist sich Zurückhaltung auferlegen mußte, sprach Herr Baufsch frei von der Leber. Es fiel aber auch mir, dem nicht parteipolitisch Gebundenen, auf, daß die Kritik der Fehler des Bürgertums und der Rechtsparteien, insbesondere der DNVP, merklich schärfer war, als die Kritik an den Fehlern der Weimarer Parteien, die doch offenbar und auch nach der Meinung des Volksdienstes ein gerütteltes Maß von Schuld an dem heutigen Zustand haben.

Bedauerlich, daß in der Diskussion nur Vertreter von Parteien zu Worte kamen, und damit parteipolitisch nicht gebundene Anhänger der Weltanschauung des Volksdienstes ihre nicht immer unberechtigte Kritik, ihre Zweifel und Warnungen vorzubringen nicht in der Lage waren. Es gibt ja auch in den Reihen derer, die zwar dem Volksdienst nicht angehören, parteipolitisch neutral sind, aber im übrigen in seiner Weltanschauung leben, Stimmen, die anzuhören die Volksdienstvertreter sich nicht verlagern sollten.

So kann der Unterzeichnete nur den Weg beschreiben, im „Aufwärts“ einige Fragen an den Volksdienst richten.

1. Die Wahl Löbes.

Man muß sich der Rechtfertigung dieser Wahl durch Herrn Präsident Muntau beugen. Die Vertreter des Volksdienstes haben aus dem Zwang ihres Gewissens gehandelt. Sie glaubten, um der Gerechtigkeit willen bestehende Ordnung und Tradition, die dem Vertreter der stärksten Partei das Präsidium im Reichstage zugeht, nicht durchbrechen zu dürfen.

Der Volksdienst konnte aber bisher noch nicht erreichen, daß der Präsident außerhalb des „Hohen Hauses“ eine gewisse Ueberparteilichkeit zu wahren hat. In den letzten Wochen bemüht sich Herr Löbe reichlich oft, in sozialistischen und Reichsbannerversammlungen gegen Rechts Stimmung zu machen und insbesondere der NSDAP erbittertsten Kampf anzufügen, während er vielleicht 25 Stunden später als Präsident des Reichstages gleiches Recht walten lassen soll und Angriffe seiner eigenen Partei-Freunde und deren Uebergriffe gegen die außerhalb des Parlamentes geschmähten Nationalsozialisten zurückzuweisen hat. Ich kapitulierte als Christ vor der Seelengröße des Dissidenten, der jedes zweifelhafte Gefühl in dem Augenblick auszuschalten vermag, in dem er, aus einer Wahlversammlung kommend, in der er gegen die NSDAP aufrief, nun den Präsidentenstuhl bestieg, das gleiche Recht verwaltet.

Wenn dem Volksdienst an einer Befriedung und Entgiftung des öffentlichen Lebens gelegen ist, und er hat diese Aufgabe als eine seiner vornehmsten angesehen, so muß es ihm gelingen, dahin zu wirken, daß Partei-Minister und zum mindesten die Präsidenten des Reichstages sich während ihrer Amtszeit über die Parteipolitik erheben und auch außerhalb des Parlamentes in ihren Reden nicht auf das parteipolitische Niveau hinabsinken.

2. Zur Frage der Notverordnung.

Der Volksdienst erklärt (und er führt Beispiele und Zahlen an), daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei, daß jeder Versuch mit dem Schein des geringsten Erfolges hätte gemacht werden müssen, um die Katastrophe abzuwenden und eine Sanierung herbeizuführen. Aus diesem Grunde hätte der Volksdienst sich zu Notverordnungen bekannt, die zu mildern er mit Erfolg bestrebt gewesen wäre.

Schon und gut, es widerstrebt aber dem Rechtsgefühl des Durchschnittsbürgers, daß eine Regierung gestiftet wurde, deren tragende Weimarer Parteien eingestandenmaßen schwerste Fehler in den letzten 10 Jahren begangen haben. Ich berufe mich hierbei auf die Erklärung des Reichskanzlers in den letzten Tagen. Es mußte zunächst, um diesem Rechtsgefühl Rechnung zu tragen, die Verantwortlichkeit der Weimarer Parteien für die Katastrophe herausgestellt werden. Wenn Brüning seinen Dienst als Opfer und Sühne für die Fehler seiner Partei und deren linke Koalitionsfreunde ansieht, könnte der Volksdienst vom christlichen Standpunkt der Regierung

verfügend die Hand reichen. Es fehlt aber an dieser ehrlichen Herausstellung der Verantwortlichkeit. Nicht nur das. Die verantwortlichen Weimarer Parteien glorifizieren nach wie vor ihre Politik, halten mit politischen Machtmitteln auf dem Umweg über die Nachtreponenten ihre politischen Kritiker nieder und veranstalten gemeinsam mit SPD und KPD ein Kesseltreiben gegen Rechts, an dem sich in Worten auch der Reichskanzler und kirchliche Beamte des Zentrums beteiligen.

Das ist es, was auch von Christen scharf kritisiert werden muß, und die Haltung des Volksdienstes ist einseitig, wenn er bedingungslos der Politik Bündnis folgt, ohne öffentliche Abkehr von den Tendenzen der schuldigen Parteien laut zu fordern und sich Garantien für die Zukunft geben zu lassen.

3. Stellung zu Brüning.

Der Volksdienst begegnet Brüning mit Vertrauen. Dieses gilt wohl mehr seiner Person als seiner Partei, wenn auch Brüning bisher noch niemals deutlich die Mitverantwortlichkeit seiner Partei für die Politik der letzten 10 Jahre herausgestellt hat. Vertrauen auch, wenn er, bedauerlicher Weise, seine politischen Gegner verdächtigt, ihm nur deswegen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, weil er Katholik sei. Es ist das erstemal, daß ein Kanzler die Gründe der Kritik auf das konfessionelle Gebiet verschiebt.

In wie weit Brüning Vertrauen verdient, soll sich erst erweisen. Mißtrauen gegen einen Kanzler, der dem Zentrum angehört, ist berechtigt, weil bisher alle Zentrumskanzler und -minister in mehr oder minder deutlicher Weise einseitig gegen Rechts, also gegen einen Volksteil von immerhin 10 Millionen Wählern aufgetreten sind und sich mit einer Sozialdemokratie identifizieren, deren politische Fehler und Irrtümer klar am Tage liegen. Eine Sozialdemokratie, die die Politik in recht vielen Fällen zum Vorteil ihrer Parteigeschäfte mißbrauchte. Wir erinnern auch an den Reichskanzler Marx, der die Deutschnationalen zur Annahme des Dawesplanes mit der Versprechung gewann, eine Note über die Kriegsschuldfrage an die Mächte herauszugeben, ohne daß bis heute fünf Jahre nach der Zusage, diese Note herausgegangen ist.

Liegt es nicht auf der Hand, daß auch die Forderung des Volksdienstes nach Aufrollung der Kriegsschuldfrage und der Tributfrage keinen andern Erfolg zeitigt als nicht gehaltene Versprechungen? Deutet der Kanzler nicht schon an, daß er sich den Zeitpunkt vorbehaltet? Der Volksdienst wird sich recht bald entscheiden müssen, ob er über das Mittel der Ueberredung hinaus auch den Zwang anwenden muß, der in seiner Macht liegt, und es kann den Gegnern des Volksdienstes von Rechts nicht verargt werden, wenn sie einem Volksdienst kritisch gegenüberstehen, der von der Macht, die er als Zünglein an der Waage hat, nicht zur rechten Zeit Gebrauch macht. Der Volksdienst darf nicht vergessen, daß er selbst in seiner öffentlichen Erklärung die Zusammensetzung der Regierung nicht mehr für der Volkseinstimmung angemessen hält. War es für ihn eine Gewissenspflicht, dem Gebot der Tradition zu folgen, als es galt, Löbe zu wählen, so muß es ihm auch Gewissenspflicht sein, für die Einhaltung der parlamentarischen Tradition einzutreten, nach der nach einer Reichstagsauflösung die stärkste Partei der Opposition mit der Regierungsbildung beauftragt

wird. Das ist in den Mutterländern des Parlamentarismus, in England, in Frankreich so, und wurde bisher in allen Fällen in Deutschland geübt, in denen die Links- und Mittelparteien zahlenmäßig stark in den Reichstag einzogen.

Schon einmal hat der Reichspräsident Friedrich Ebert diesen parlamentarischen Grundsatz umgebogen und trotz entsprechender Stärke der Deutschnationalen nicht einmal den Versuch gemacht, sie mit der Regierungsbildung zu betrauen. Der Reichspräsident Hindenburg ist ihm jetzt auf diesem Wege gefolgt. Es ist eine akademische Erörterung, nachträglich zu behaupten, daß eine Regierungsbildung durch die NSDAP oder damals durch die DNVP nicht möglich gewesen wäre. Ein Grundsatz der parlamentarischen Tradition ist verletzt worden, und es wäre Pflicht des Volksdienstes, seiner öffentlichen Erklärung nun auch den nötigen Druck zuzufügen. Er kann nicht das eine Mal aus Gewissenszwang der Tradition folgen und das andere Mal nicht. Es sei hier ausdrücklich betont, daß es hier nicht um die NSDAP geht, sondern um den Grundsatz der Gerechtigkeit. Mögen sich die anderen Parteien als Richter über die NSDAP aufspielen und sich ein Urteil anmaßen. Sie, die in 10 Jahren verjagt haben, so daß wir eingeständenermaßen vor der Katastrophe stehen, sind nicht berufen, Richter zu spielen. Im Volk herrscht die Meinung, daß der Angeklagte nicht das Recht habe, Richter zu sein, und daß er vor allem nicht befugt sei, sich mit parlamentarischen Mitteln eine Bewährungsfrist zu sichern, über die nicht der Beklagte, sondern der Kläger zu befinden hat. Wird diese Frage aber zur Machtfrage, und wird die Opposition, mit welchen Mitteln auch immer, von der Verantwortung zurückgehalten, so ist es Pflicht des Volksdienstes, sich für einen gerechten Ausgleich mit aller Kraft einzusetzen. Der Volksdienst bezeichnet sich und ist auch das Zünglein an der Waage im Parlament. Es dürfen deshalb an ihn mit Recht die Forderungen gestellt werden, seinen Anträgen hinsichtlich der Revisionsfrage und der Frage der Regierungsbildung Geltung zu verschaffen.

Ein Punkt noch, der leider nicht zur Diskussion stand, und somit den Volksdienst der Rechtfertigung entbehrt.

Es ist Tatsache, daß die SPD sich als auf dem Boden des Staates stehend bezeichnet, daß sie aber andererseits, um es symbolisch auszudrücken, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne Duzende von roten Klassenkampffahnen führt und auch keinen Hehl daraus macht, daß sie nur „Mischrepublikaner“ ist, eine bessere Gelegenheit abwartend, um die Macht für die Partei zu ergreifen. Nun soll in einem demokratischen Staate jede Weltanschauung Gelegenheit finden, sich die Macht auf legalen Wege zu erkämpfen. Die Gleichheit der Bedingungen des Kampfes soll die Verfassung garantieren. Wenn aber in einem großen Staate des Deutschen Reiches die Macht in den Händen der SPD liegt, so ist diese Gleichheit der Bedingungen nicht mehr gewährleistet, mag auch das formale Recht nicht verletzt werden. Ist der Volksdienst bereit, auch in Preußen — eventuell über das Reich — die Gleichheit der Bedingungen des Kampfes um die Macht sicherzustellen und jede Niederhaltung und Unterdrückung zu unterbinden?

Auf diesen Gebieten wird der Volksdienst unzweifelhaft mit dem Zentrum in Konflikt kommen, dessen Zu-

teresse mehr bei einer Sozialdemokratie liegt, die im Streben um die Macht den Forderungen des Zentrums mehr Garantie verspricht als eine andere Koalition. Die Koalitionspolitik der letzten 10 Jahre läßt die Meinung aufkommen, daß das Zentrum mit der Sozialdemokratie politische Geschäfte gemacht hat, das heißt, sie hat seine Parteinteressen gegen die Interessen der SPD abgewogen und ausgehandelt. Man denke nur an die Personalpolitik, an die Frage des Konkordats und an die vielen andern weniger bedeutenden Fragen. Im Zwange dieses Handels hat sich das Zentrum an die SPD gebunden, wie sehr auch diese Gebundenheit geleugnet und bemäntelt wird.

Diese grundlegenden politischen Fragen sollen der Klärung dienen. Es muß und wird dem Volksdienst nur willkommen sein, wenn er Gelegenheit findet, auf dem einen oder andern Wege diese aus Besorgnissen geborenen Fragen, die keinesfalls der Gegnerschaft zuzuschreiben sind, in aller Öffentlichkeit beantworten zu können, weil er sich schon in aller Kürze mit diesen Fragen wird auseinanderzusetzen haben. Es geht ihm wie jeder jungen Partei, sie bekommt ein großes Vertrauensgut von Wählern und Gesinnungsfreunden mit auf den Weg, und sie soll das Vertrauensgut bewahren und vermehren. Für jede Partei kommen Prüfungen im Grundsätzlichen und wir wünschen dem Volksdienst, daß er sie überstehe möge. Der Volksdienst hat den Grundsatz der Gerechtigkeit auf seine Fahne geschrieben, er wird schon in den ersten Tagen dieses Monats vor Entscheidungen gestellt sein.

Noch einmal die Ufa.

In Nr. 14 des „Aufwärts“ ist in dem Artikel „Die Wahrheit über die Ufa.“ — Deutsche Jugend auch durch diese sehr stark gefährdet! — davon die Rede, daß Kämpfer aus der christlichen Jugendbewegung im Blick auf die seinerzeit angekündigten Kino-Reformabsichten bei längerer gründlicher Prüfung des kulturellen Niveaus der Ufa aufs schwerste enttäuscht worden seien. Und da die für einen bestimmten Zeitabschnitt genannten Zahlen der für Jugendliche durch die amtliche Filmzensur verbotenen Filme bei der Ufa dreimal so hoch sind als das Gesamtdurchschnittsverbot, so ist die schwere Enttäuschung dieser Volksfreunde zu verstehen, besonders wo auch sonst so überaus traurige Beispiele von jugend- und volksgefährdenden Darbietungen der Ufa angeführt wurden. In dem Artikel werden die schlechten Filme der Ufa mit Recht starker Kritik unterzogen. Heute soll einmal einer der besseren Filme der Ufa gekennzeichnet sein. Es steht darüber in der Zeitschrift der christlichen Pfadfinderschaft „Auf neuem Pfad“ in Heft 7 folgendes:

„Wein, Weib und Gesang“. Ein Kulturfilm in 6 Akten! „Es hat sich dieser Film zur Aufgabe gesetzt“, so lesen wir im Programm, „den Wein und alles, was an kulturellen und ethischen Werten mit ihm in Verbindung steht, in einer Form zusammenzufassen, wie sie bisher einzig dastehet.“ Wahrhaftig, die Form ist einzigartig! Natur, Poesie, Musik, Geschichte, Nationalismus werden benutzt, um für den Weingenuß (den Genuß des vergorenen Traubensaftes, selbstverständlich) Stimmung zu machen. Man sieht Goethe beim Trinken, und Schiller, den „Nachkommen von Winzern“, und Scheffel, der am Al-

Wir und der Rundfunk.

Neulich hat F. S. eine sehr wichtige Sache angeregt. Gewiß bringt der Rundfunk von allen Sendern manches Gute, aber auch Schlechtes, und in der Richtung haben wir Hörer die Pflicht, zu kämpfen und die Sender für das Gute zu stärken, denn im Grunde richten sie sich doch nach dem „Bedarf“, bezw. den Wünschen des Publikums. Also müssen wir ihnen sagen, was wir wünschen. Es sei hier einmal von einer Erfahrung berichtet, die ich in dieser Richtung machte.

Der Sender meines Bezirks bringt an Musik manches Gute, aber daneben ödesten Jazz. Mittags von 12 bis 1 Uhr, also wenn sich die Familie zum Essen sammelt, ist stets Schallplattenkonzert: manchmal Gutes, meistens leichte Ware und fast stets dabei elende Negermusik und — was das Schlimmste ist — mit oft sehr anstößigen Liedertext. Sind Kinder zugegen, so müssen gewissenhafte Eltern das Radio sofort abstellen. Nachdem ich dies eine Zeit lang beobachtet hatte, schrieb ich der betreffenden Sendestelle etwa folgendes: Sie seien doch wohl mit mir darin einig, daß der Rundfunk eine große erzieherische Aufgabe habe, und daß er z. B. das Volk zu gutem musikalischen Geschmack erziehen müsse. Ich wies dann auch auf die bewußten Schallplattenkonzerte, vor allem mittags, hin, und daß sie für Kinder unmöglich seien. Wenn denn Jazz usw. durchaus nötig sei, dann sollten sie diese Musik doch dort unterbringen, wohin sie gehört: in die Nacht. Vor allem protestierte ich gegen die anstößigen Lieder. — Die Antwort war höflich und ziemlich zustimmend; es wurde versprochen, daß wenigstens in den Mittagskonzerten das Negerhafte und Anstößige vermieden werden solle. Und der Erfolg? Fast gleich Null; denn immer wieder kommt mittags Foxtrott usw. und bedenkliche Lieder vor, sehr wenig Erhebendes und Herzerquickendes.

Offenbar genügt den Herren meine einzelne Stimme nicht, um das Versprechen wirklich zu halten. Daher sage ich: Jeder Hörer hat die Pflicht, gegen bedenkliche Darbietungen des Rundfunks an maßgebender Stelle energisch zu protestieren. Wenn einmal einige Duzend Klagen über anstößige Lieder einlaufen, dann wird man sich ja wohl dazu herbeilassen, sie in die Nacht zu verlegen zu dem, was das helle Licht des Tages scheut. Das wenigstens sollte man doch erreichen.

Im übrigen vermißt man freilich auch manches Gute im Rundfunk und muß viel Minderwertiges in Kauf

nehmen: Klassische Schauspiele und gute alte Lustspiele gibt es höchst selten. Doch nein, ich will nicht ungerecht sein: erst am vorigen Freitag hörte ich von Berlin-Königsberg her den „Hamlet“. Aber es war einfach toll! Er war von Bert Brecht bearbeitet, d. h. sinnlos zusammengehackt und umgestellt, dazu eine haarsträubende Musik. Das ganze stellte eine unglaubliche Verhöhnung Shakespeares dar, und man mußte sich schämen, daß sich der deutsche Rundfunk zu etwas Derartigem hergab. Die Mufen verhielten in Deutschland ihr Haupt. Ja, ja, „es ist etwas faul im Staate Dänemark!“ — Auch hier kann nur ein kräftiger Protest recht vieler Rundfunkhörer helfen. Der heutige Rundfunk ist kein Volkserzieher; er muß dazu offenbar erst vom Volk erzogen werden.

Prof. D.

Dazu schreibt eine Leserin auch noch einen etwas anders klingenden Ton.

Duisburg, den 2. Februar 1931.

Werte Schriftleitung!

In der vergangenen Woche brachte Ihr geschätztes Blatt einen mit F. S. unterzeichneten Aufsatz „Ein Wort an unsere Rundfunkhörer“, den ich nicht gerade bescheiden finden kann. Ob der Schreiber morgens um sieben sich wohl einmal den Beginn des Morgenkonzertes angehört hat? — Dann könnte er mit wenig Ausnahmen jedesmal einen Choral hören, wie „Ein feste Burg ist unser Gott“, „Großer Gott, wir loben dich“, „Ach bleib mit deiner Gnade“, „So nimm denn meine Hände“, „Herr meine Seele, harre des Herrn“ und andere. Da hätten die Katholiken wohl eher Grund, sich zu beklagen und zu beschweren! Der Rundfunk ist eben für alle Hörer da und die Ansprüche an die Darbietungen dementsprechend außerordentlich verschieden. „Wat dem Genen sin Uhl, es dem Andern sin Nachtigall.“ Dieser Ausdruck ist meines Wissens von Fritz Reuter und trifft den Nagel auf den Kopf. — Der Leiter des Rundfunks, den ich die Ehre und das Vergnügen habe, etwas zu kennen, ist nach meinem Dafürhalten eine feine, vornehme Natur. —

Der evangelische „Rundfunkhörer“ ist ein ganz vorzügliches und äußerst reichhaltiges Blatt. Ich habe mir einmal eine Probenummer kommen lassen, doch war der Druck für die geringe Schöpfung meiner Augen etwas klein.

A. St.

Evangelischer Südamerika-Missionsbund.

Aus dem Jahresberichte des E.S.M. ist mitzuteilen, daß der Missionsbund im Jahre 1930 wieder einige Schritte vorwärts kam. Das bedeutendste Ereignis des Jahres ist die Eröffnung der Stadtmision in Rio de Janeiro, Brasilien. Stadtmisionar Plöger konnte am 1. Oktober mit dem Dienste beginnen. Wohl liegen mancherlei Schwierigkeiten vor, aber es waren „offene Türen“ da.

Ferner wurden verschiedene Gemeinschafts- und Bibelstundenkreise durch Zusendung von Schriften, Geldmitteln und Musikinstrumenten unterstützt, z. B. in Curitiba, Guarany, Neu-Württemberg, Montevideo. Der Schriftenmissionsdienst stellte vor neue Aufgaben. In Risten und Postsendungen gingen Abrechnungen, Bücher und Blätter in reicher Zahl nach Südamerika. Auch den deutschen Auslandsfürsorgenden, die nach Südamerika gingen, diente der Schriftenversand.

Auf dem Gebiete evangelischer Erziehung konnte einiges getan werden. 25 Lehrern wurde die Zeitschrift „Schule und Evangelium“ gratis zugestellt. Fünf Lehrkräfte wurden nach Südamerika entsandt.

Einigen Pastoren, Gemeinden und Schulen konnten Zuwendungen gemacht werden.

In Montevideo ist ein bescheidener Anfang einer Sonntagschule in spanischer Sprache vorhanden. Das Nachrichtenblatt „Hüben u. Drüben“ erschien in jedem Vierteljahre und fand gute Aufnahme im Kreise der Missionsfreunde. Die Einnahmen erhöhten sich trotz der schwierigen Wirtschaftslage, die Ausgaben stellten aber auch höhere Ansprüche an die Missionskasse.

Treue Missionsfreunde übten die Missionsbitte für Südamerika auch in diesem Jahre. Dieser Priesterdienst ist besonders wichtig.

Angegliedert ist dem Missionsbund die Fürsorgestelle „Auswandererhilfe“. Durch das ganze Jahr wurden Auswanderungswillige betreut. Im Geschäftszimmer fanden 411 mündliche Beratungen im Auswanderungs-, Siedlungs- und Arbeitsfragen statt. Fast täglich liefen Briefe von Auswanderungswilligen ein. Sorgfältige individuelle Beratung ist Grundsatz.

Der Aufgabenkreis wird größer; neue Freunde und Opfergaben sind erforderlich. Vorsitzender ist Stadtrat Dr. Lehmann. Postfachkonto: Hannover 47600 (Adresse: P. Lindemann), Bankkonto: Städtische Sparkasse, Bad Deynhäusen. Anschrift: Evang. Südamerika-Missionsbund Bad Deynhäusen, Westfalen.

hohol zugrunde sagt! Man sieht, er aus „Tauf“ Rothenburg sich, man sieht d... — lieben. Dabei kennen. Und vo... mußte und Gesan... mal der Herrgott... die dummen Lieb... noch ein paar... Da heißt es: „Er... wird gezeigt, wie... fälschen wieder... des Uebermaße!... und der Rater... rung: „Sie soll... Rhein“, dann da... leuchtung und „D... Bon dem Film... aus. Es wird me... zum Trinken ab... wird gelogen. D... klame werden si...

— Berlin, 4. Frontsoldaten, h... an den Preußisch... antrag, gemäß... Freistaates Preu... des Verfahren b... vom 8. Januar 1... Volksbegehren 3... „Der am 20... lösen.“

Zu de... — Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

— Berlin, 4. Der Vorstand de... e. V., hat am 4... gehen auf Aufst... bringen, um auf... rung zu ermögli...

liegt, die im Zentrum der Demokratie die Meinungsfreiheit hat, die die Persönlichkeit an die vielen Zwänge dieses Systems gebunden, wie und bemäntelt.

n sollen der Volksdienst nur sein, auf dem die Pflichten geborene ist zuzuführen zu können, Fragen wird die jeder jun- lausensgut von den Weg, und mehr, für fählichen und die überstehen der Gerechtigkeit in den erlangten gestellt.

a.

Artikel „Die und auch durch, daß Kämpf. Blick auf die taten bei lan- Niveau der und da die n Zahlen der tr verboten den das Gesamt- schung dieser auch sonst so volksgefähr- den. In dem lfa mit Rech- mal einer der sein. Es steht abfinderschaft

im 6. Ma- gesetzt,“ so le- alles, was an n Verbindung die sie bisher. zigartig! Na- werden be- des vergore- nung zu ma- Schiller, den der am M-

onsbund.

mitzuteilen, wieder einige Ereignis des n Rio de Ja- konnte am 1. liegen man- „offene Tü-

its- und Bi- ritten, Geld- z. B. in Cu- evideo. Der Aufgaben. In alender, Bü- merika. Auch Südamerika

ung konnte ie Zeitschrift fünf Lehr-

len konnten

nfang einer den.

erschien in e im Kreise ten sich trotz haben stellten kasse.

onsbitte für Priefterdienst

fürsorgestelle wurden Aus- mer fanden Sied- tiefen Briefe tige indivi-

kohol zugrunde gegangen ist (aber das wird nicht ge- sagt!) Man sieht die bekannte Szene in Auerbachs Keller aus „Faust“, man sieht den Bürgermeister von Rothenburg sich und seine Kollegen vom Tode losrin- ken, man sieht die Studenten kneipen und — sozusagen — lieben. Dabei lernt man auch den Begriff „Weib“ kennen. Und vom ersten bis zum letzten Akt Begleit- musik und Gesang, meistens Trinklieder: „Wenn ich ein- mal der Herrgott wär“, „Im tiefen Keller“ und wie all die dummen Lieder mit den „hübschen“ Melodien heißen.

Noch ein paar Beispiele für die angewandte Methode! Da heißt es: „Frankenwein — Frankenwein“, und dann wird gezeigt, wie ein sterbenskranker Bischof durch ein Gläschen wieder kerngesund wurde... Schlimme Folgen des Uebermaßes! I wo, man nimmt einen sauren Sering, und der Kater ist vertrieben! Am Schluß die Versiche- rung: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, dann das Niederwalddenkmal in bengalischer Be- leuchtung und „Deutschland, Deutschland über alles“...

Von dem Film geht zweifellos eine starke Suggestion aus. Es wird nicht viele geben, an denen die Verlockung zum Trinken abprallt. So raffiniert und so skrupellos wird gelogen. Die Ausgaben der Winzer für diese Re- klame werden sich rentieren.

Bleibt noch übrig zu sagen, daß dieser Animierfilm für Jugendliche freigegeben ist und von der Kulturabtei- lung der Universum-Film-W.G. (Ufa) hergestellt wurde. Auch ein Beitrag zu unserer kapitalistischen Alkohol- kultur.“

Das ist also ein sogenannter guter Film. Ueber ehr- liche Anerkennung wirklich guter Filme brachte genann- ter Artikel durchaus anerkennende Ausführungen. Weil alle Kinos, auch die durch die Ufa in Deutschland selbst hergestellten Filme aber volksverderbliches Gift in großen Mengen und schlimmster Art tagtäglich der Volks- seele zuführen, und weil der von der Ufa selbst herge- stellte Film „Der blaue Engel“ dabei eine traurige Rolle spielt, so schließe ich mich dem Urteil eines christlichen Ju- gendführers an, der sich zwecks Aufklärung ihm anver- trauter Jugend einmal den Blauen Engel angesehen hatte und zu dem Resultate kam: „Dieser Film ist das Schlimmste, was ich bisher sah, daß die Ufa ihn produ- zierte, ist ein Skandal.“

Deshalb auch heute an alle Mitkämpfer gegen Schund und Schmutz die Bitte: „Kampf auf der ganzen Linie, Kampf überall, wo die Mächte der Finsternis wirksam sind.“

Heinr. Scheele.

Volksbegehren beantragt!

Durch den Stahlhelm.

— Berlin, 4. Februar. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat in einem Schreiben vom 1. Februar an den Preussischen Minister des Inneren, Seevering, be- antragt, gemäß Art. 6 Abs. 1, Ziffer 3. der Verfassung des Freistaates Preußen und gemäß § 2 des Gesetzes über das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. Januar 1926 die Listenauslegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen:

„Der am 20. Mai 1928 gewählte Landtag ist aufzu- lösen.“

Zu dem Schreiben des Stahlhelm.

— Berlin, 4. Februar. In dem Schreiben heißt es: Der Vorstand des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V., hat am 4. Oktober 1930 beschlossen, ein Volksbe- gehren auf Auflösung des preussischen Landtages einzu- bringen, um auf diesem Wege in Preußen eine Regie- rung zu ermöglichen, die dem in der Wahl vom 14. Sep-

tember einwandfrei festgestellten Volkswillen entspricht. Am 5. Oktober 1930, dem Reichsfrontsoldatentag in Kob- lenz, haben über 140 000 freiwillig und auf eigene Kosten dort erschienen Mitglieder des Stahlhelm diesem Be- schluß einstimmig begeistert zugestimmt. Nachdem nun- mehr die erforderlichen Vorbereitungen zum Volksbegeh- ren in Preußen beendet sind, beantragen wir (folgt der gemeldete Antrag). Da sich aus den vorgenannten Tat- sachen und der allgemein bekannt gewordenen Bestäti- gung des Stahlhelm, die nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Januar 1926 in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Landesabstimmungsordnungen vom 28. Januar 1926 er- forderlichen Glaubhaftmachung der Unterstützung durch 100 000 Stimmberechtigte einwandfrei ergibt, bedarf es der Feibringung weiterer Unterschriften nicht. Ein Aus- zug aus dem Vereinsregister, durch den die Eigenschaft der Unterzeichneten als zur Vertretung berechnete Vor- standsmitglieder sich ergibt, ist beigefügt. Das Schrei- ben ist gezeichnet von den beiden Bundesführern Seidte und Dülferberg.

Heckrede Zaleskis im Ausschuss.

Bei der Berichterstattung über Genf. — Unerhörte Aus- fälle gegen Deutschland und die Minderheiten.

— Warschau, 5. Februar.

Im Auswärtigen Ausschuss des polnischen Par- laments stattierte Außenminister Zaleski einen Bericht über die Ratsverhandlungen in der Minderheitenfrage. Der Geist, der aus den Ausführungen Zaleskis spricht, zeigt, daß die Ausführung der Sühne- und Vergel- tungsmaßnahmen dadurch, daß sie Polen überlassen worden ist, nicht in guten Händen liegt.

Wie in Genf, so verurteilte Zaleski jetzt auch in Warschau die grausamen Gewalttätigkeiten zu bagatel- lisieren. Als bedauerlichen Zwischenfall führte Zaleski vor allem die Tötung des Polizeibeamten Schnappan an, für die aber die deutsche Minderheit nicht verant- wortlich gemacht werden kann. Eine Unersuchenheit ist es, wenn Zaleski auch jetzt noch — nach der moralischen Verurteilung Polens durch den Völkerbund — glauben machen will, die Anklageerhebung durch Deutschland sei erfolgt, weil sich Deutschland über den Wahlmif- erfolg des Deutschturns in Polen „geärgert“ habe.

Wenn Zaleski weiter mittelst, er habe noch vor- her Ratstagung die Ratstagung schriftlich über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt, dann verdient festgestellt zu werden, daß Zaleski also selbst seine Sa- botage der deutschen Noten bestätigt. Schärfften Wider- spruch fordert aber die Erklärung heraus, die Erre- gung in Ostoberschlesien sei auf die Reaktion zurückzu- führen, die die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland sowie die gegen den polnischen Staat ge- richtete politische Aktion Deutschlands hervorgerufen habe. Diese Aktion habe in der polnischen Bevölle- rung eine begriffliche Reflexbewegung hervorgerufen und gleichzeitig eine lokale Einstellung der deutschen Minderheit zum polnischen Staat verhindert.

Aber auch diese Verdröhen konnten Zaleski nicht von der Notwendigkeit befreien, erneut die Ver- leumdung des Minderheitenschutzvertrags einzusetzen zu müssen!

Im übrigen tröstete sich Zaleski damit, daß, wenn schon Polen Genf von der Durchführung der Sühnemaß- nahmen Mitteilung machen müsse, der Rat wenigstens eine Untersuchungskommission nach Polen entsandt und Polen auch keine Sonder-Garantien auferlegt habe. Die Folgerungen des Ratsberichts, so erwähnte Za- leski merkwürdigerweise zum Schluß noch, deckten sich in ihrer Mehrheit mit dem, was die polnische Regie- rung auch von sich selbst heraus, eingebend Polens in- ternationalen Verpflichtungen und seiner Staatsraison zum Zwecke der endgültigen Verhinderung der lokalen Minderheiten mit der Mehrheit getan habe bzw. beab- sichtigt hätte.

Curlius vor dem Reichsrat.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats nahm einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Curlius über die Genfer Verhandlungen entgegen. In dem amt- lichen Bericht darüber heißt es:

„Nach den sehr eingehenden Darlegungen des Außenministers sprach der Vertreter Preußens, Mit-

terialdirektor Dr. Robis, in warmen Worten den Dank und die Anerkennung des Ausschusses für die Tätigkeit der deutschen Delegation und die erzielten Erge- bnisse aus.“

Sultschiner Protest in Genf.

Nachträgliche Gewährung des Selbstbestimmungsrechts gefordert.

Die Hauptleitung des Reichsverbandes der heimat- liebenden Sultschiner hat dem Völkerbund Material über die eigenartige „Volkszählung“ in der Tschecho- slowakei überreicht. In dem Begleitschreiben bittet der Reichsverband den Völkerbund, für den Minderheiten- schutz in diesem Gebiet eintreten zu wollen und der Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht zu geben.

Eine weitere Eingabe richtete die Ortsgruppe Na- tibor. Auch in diesem Telegramm weist der Verband aus Anlaß des 11. Jahrestags der Befreiung des Sult- schiner Ländchens auf das dem ohne Abstimmung abge- trennten Gebiet zugehörte Unrecht hin und bittet gleich- falls um nachträgliche Gewährung des Selbstbestim- mungsrechts. Gleichzeitig protestiert die Vereinigung gegen die Nichterhaltung des Minderheitenschutzes für die deutsche Bevölkerung durch die Tschechoslowakei und macht auf den in diesem Gebiet noch herrschenden Aus- nahmezustand aufmerksam.

Kommunistenüberfall

auf ein Versammlungslokal der NSDAP.

— Köln am Rhein, 5. Februar. Am Mittwoch abend kurz nach 11 Uhr wurde von einem etwa 40 bis 50 Mann starken kommunistischen Trupp in Köln-Sülz das Wirt- schaftshaus Euskirchen Hof überfallen, in dem gerade eine nationalsozialistische Versammlung stattfand. Die Kom- munisten warfen Eisenstücke in die Fensterscheiben und gaben von der Straße aus scharfe Schüsse in das Lokal ab. Ein Schuß traf eine Angestellte des Wirtes in die Hand. Nach Ausführung der Tat verschwanden die Kommunisten in die umliegenden Straßen. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando verhaftete drei Personen, von denen eine noch die Pistole in der Hand hielt.

Blutige Arbeitslosenunruhen

in der Tschechoslowakei.

— Prag, 5. Februar. Die Arbeitslosenunruhen in der Tschechoslowakei dauern an. In Dux kam es am Mit- twoch zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Gendarmen, wobei zwei Personen getötet und sie- ben schwer verletzt wurden.

Konturs der Dufrie-Bank eröffnet.

— Paris, 5. Februar. Das Pariser Handelsgericht hat offiziell das gerichtliche Vergleichsverfahren über die Dufrie-Bank in einen Konturs umgewandelt.

Arbeitslosenversicherung.

In 20 Staaten eingeführt. — Die Regelung der Beiträge und Leistungen.

Von Heinrich Barth.

Seit etwa zwei Jahren steht in Deutschland im Mittelpunkt der sozialpolitischen Erörterungen die Ar- beitslosenversicherung. Angesichts der in allen Län- dern herrschenden starken Arbeitslosigkeit erscheint es angebracht, einmal zu untersuchen, inwieweit andere Staaten für die Versorgung ihrer unfreiwillig arbeits- losen Arbeitnehmer eingetreten sind.

Bei einem Vergleich zeigt sich zunächst, daß im Gegensatz zu anderen Zweigen der Sozialversicherung Deutschland bei der Einführung der Arbeitslosenver- sicherung nicht vorangegangen, sondern dem Beispiel seiner Nachbarn gefolgt ist. Als erster Staat setzte Eng- land im Jahre 1911 ein Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das zunächst für einige Industriezweige galt. Vorher hatte schon eine Subventionierung pri- vater bzw. gewerkschaftlicher Arbeitslosenstellen mit öf- fentlichen Mitteln stattgefunden, das sogenannte Genter System. Ähnliche Einrichtungen, die als Vorläufer nationaler Zwangsversicherungen zu betrachten sind, bestanden seit 1905 in Frankreich, seit 1906 in Nor- wegen und seit 1907 in Dänemark.

Zur Zeit haben 18 Staaten in Europa und zwei überseeische Länder — Mexiko und Queensland — freiwillige oder Zwangsversicherungen gegen Arbeits- losigkeit auf öffentlich-rechtlicher Grundlage eingeführt. Stets ist der Arbeitslosenversicherung die Arbeits- vermittlung angeschlossen, da ja die Vermittlung von Arbeit das wirksamste Mittel gegen Arbeitslosig- keit ist. Vielfach ist die Arbeitsvermittlung die Keim- zelle der Versicherung gewesen. Zwangsversiche- rungen bestehen in elf Staaten, darunter Deutschland, England, Italien, Rußland und Polen. In Frankreich beschränkt das im vorigen Jahre erlassene Sozialver- sicherungsgesetz die Arbeitslosenhilfe auf die Beitrags- zahlung zu den übrigen staatlichen Versicherungs- zweigen. Das Schwerkgewicht liegt also dort nach wie vor auf der freiwilligen Versicherung. Die freiwil- lige Versicherung besteht ferner in den drei skan- dinavischen Staaten, den Niederlanden, der Schweiz, Belgien und Spanien.

Nach einer neueren Veröffentlichung des Inter- nationalen Arbeitsamtes sind von den Zwangsversiche- rungs-Systemen rund 45 Millionen Arbeitnehmer er- faßt; freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichert sind nur etwa 2,8 Millionen.

Je nach der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder ist der Kreis der Versicherten verschieden. Am weitesten ist er in Deutschland gezogen. Anderwärts sind häufig Land- und Forstarbeiter, Hausgehilfen usw. von der Versicherung ausgeschlossen. Ferner ist die Ver- sicherung nach der Höhe des Verdienstes und dem jugendlichen Alter begrenzt. Ein buntes Bild zeigen die verschiedenen Arten der Mittelaufbringung. Bei den Zwangsversicherungen sehen die Gesetze Beitrags- stelle und Zuschüsse der versicherten Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates in folgender Höhe vor: Deutschland: Arbeitnehmer und Arbeitnehmer je die Hälfte, Staat den Fünftelbetrag; England: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat je ein Drittel; Polen: Ar- beitnehmer ein Sechstel, Arbeitgeber einhalb, Staat ein Drittel; Österreich: Arbeitnehmer zwei Drittel, Arbeitgeber ein Drittel, Staat trägt die Verwaltungs- kosten. Im übrigen dürften sich die Verhältnisse in den letzten Jahren fast überall so entwickelt haben, daß der Staat heute mehr aufzubringen hat als bei Schaffung der Einrichtungen beabsichtigt war. In den freiwilligen Versicherungen zahlen die Arbeitgeber keine Beiträge; der Anteil des Staates an den erforderlichen Mitteln schwankt zwischen einem und zwei Dritteln. Oft läßt sich der Staat einen Teil seiner Zuschüsse von den Kommunen zurückzahlen.

Der Beitrag des einzelnen Arbeitnehmers zur Zwangsversicherung ist entweder einheitlich in einem festen Satz festgelegt, wie z. B. in England, oder er ist, wie in Deutschland, Österreich, Italien und Polen, nach der Lohnhöhe gestaffelt. Das Verhältnis des Bei- trags zum Lohn ist nur schwer zu ermitteln. Die Länder mit der stärksten Arbeitslosigkeit, Deutschland und Eng- land, erheben 6,5 bzw. 5,5 v. H. des Lohns als Bei- trag zur Arbeitslosenversicherung. Man kann also wohl annehmen, daß anderwärts die Sätze niedriger sein werden.

Voraussetzung der Leistungsgewährung ist fast stets, daß eine bestimmte Anzahl von Beiträgen entrichtet worden ist. Eine weitere Voraussetzung ist hin und wieder, daß die Beiträge während eines bestimmten Zeitraumes gezahlt worden sind. Bei der Festlegung der Unterstützungshöhe werden überall, Italien aus- genommen, die Familienverhältnisse des Arbeitslosen berücksichtigt. Am gebräuchlichsten ist die Zahlung von Frauen- und Kinderzuschlägen. Der Versicherungs- gedanke im Gegensatz zur Versorgung ist bei den Zwangsversicherungen einiger europäischer Staaten, darunter Deutschland und Österreich, insofern besonders stark ausgeprägt, als die Unterstützungssätze der Lohnhöhe und damit auch den gezahlten Beiträgen angepaßt sind. Nirgends erreicht die Höhe der Arbeits- losenunterstützung den vollen Arbeitsentgelt. Sie schwankt zwischen 30 (Polen) und 80 v. H. des Lohns (Österreich). In den meisten Staaten belaufen sich die Sätze auf die Hälfte bis zwei Drittel des Lohns, in Deutschland liegen sie zwischen 35 und 75 v. H. des Ar- beitsentgelts. Nächste der Unterstützungshöhe ist die Dauer der Zahlung wichtig. Auch hier bestehen große Verschiedenheiten. Die kürzeste Periode beträgt 60 Tage (Niederlande), die längste 9 Monate (Rußland).

Öffentliche Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit, also Notstandsarbeiten oder produktive Erwerbslosenfürsorge, kennt man neben Deutschland in Österreich, Bulgarien, Rußland und der Tschecho- slowakei. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben zwar keine Arbeitslosenversicherung, tun aber gerade auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten sehr viel zur Beschäftigung Arbeitsloser. Arbeiterunter- stützung wird, soweit Unterlagen darüber vor- handen sind, außer in Deutschland noch in der Schweiz gewährt. Schulungsveranstaltungen werden von den staatlichen Zwangsversicherungen Deutschlands, Eng- lands und Italiens durchgeführt.

Gefechtspause im Reichstage.

Lohnsenkung und anderes.

— Berlin, den 4. Februar 1931.

Im Reichstag herrschte heute vor der hochpolitischen Schlacht, die morgen beginnt, eine Art Gefechtspause, in der es aber doch zu einigen Kläufchen kam. Bei der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Aufhebung der Notverordnung über das Schlichtungswesen in Verbindung mit Interpellationen der Kommunisten und Sozialdemokraten über die

Lohnsenkungsaktion der Regierung

wies Abg. Schröder-Merfeld (Komm.) darauf hin, daß unter dem Druck der Regierung in einzelnen Textfabriken Lohnsenkungen bis zu 50 Prozent vorgenommen seien.

Abg. Limberg (Soz.) betrachtete den angekündigten Preisabbau als gescheitert. Er betonte jedoch gegenüber den kommunistischen Vorwürfen, daß die Arbeiterschaft durchaus Verständnis für die im Augenblick notwendige Politik der Sozialdemokratie habe. Eine der Hauptursachen der deutschen Wirtschaftskrise sei die gewaltige Machtstellung der Kartelle. Deshalb habe die Sozialdemokratie ein Kartellgesetz beantragt. Der Weg der Lohnsenkung werde nicht zur Beseitigung der Krisenzustände führen. Redner verteilte zum Schluß die Haltung der Gewerkschaften beim Ruhrstreik.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

erklärte zunächst, daß er bei Gelegenheit der Beratung seines Etats im Ausschuß ausführlich zu den Fragen des Lohnabbaues und des Arbeitsmarktes Stellung nehmen werde.

Es ist aber ein großer Irrtum, so fuhr er fort, wenn man die Wirtschaftskrise glauben, daß alle Erleichterungen nur von der Lohnseite her kommen können. Es ist auch ein Trugschluß, anzunehmen, daß an den sozialen Löhnen noch Milliarden gespart werden können.

Wegen dauernder Juristerei erhielt der Abg. Dr. Goebels (Nat.-Soz.) zwei Ordnungsrufe.

Es ist jedenfalls unmöglich, in den verschiedenen Industrie- und Berufsgruppen die Löhne durch die Staatsmacht auf der seitherigen Höhe zu stabilisieren. In einer Zeit der großen Arbeitslosigkeit würde man damit politisch und sozial mehr schaden, als man wirtschaftlich aufbauen kann. Die Staatsmacht kann nur mäßigend und ausgleichend in den sozialen Kämpfen wirken. So hohe Lohnsenkungen wie sie der kommunistische Redner anführte, sind durch das staatliche Schlichtungswesen nicht durchgeführt worden. Es stimmt auch nicht, daß von Preissteigerungen gar nichts zu spüren sei. Die Regierung wird bestrebt sein, in das Tarifvertragswesen größere Elastizität hineinzubringen, aber das staatliche Schlichtungswesen und das Tarifvertragswesen aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Agnew (Dnt.) stimmte dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Schlichtungsnotverordnung zu. Die Regierung betrachte es offenbar schon als den Normalzustand, ihre gesetzgeberischen Akte mit dem Mittel der Notverordnung durchzuführen.

Abg. Stürck (Nat.-Soz.) wandte sich gegen die Praxis des staatlichen Schlichtungswesens, das besonders in Weltdeutschland immer zu Gunsten der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter wirke. Die Kommunisten würden bei den Arbeitgebern keine Gegenliebe finden, wenn sie als Streikmittel die Erringung eines Sowjet-Deutschlands aufstellten. Dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung würden die Nationalsozialisten zustimmen.

Abg. Winckel (D. Vp.) hielt unter großer Anwesenheit der Nationalsozialisten dem Abg. Stürck vor, er sei früher kommunist gewesen und habe oft Lastkraftwagen mit roten Demonstranten geführt.

Abg. Stürck erwiderte, er werde weiter und überall das Patentkreuz in die rote Fahne hineinbringen.

Die Anträge und Interpellationen gingen an den Sozialpolitischen Ausschuß.

Der Bericht des Haushaltsausschusses über die Vermögensfrage von Reichsleuten für die minderbemittelte Bevölkerung wurde zurückgestellt bis der Bericht des Handelspolitischen Ausschusses zur gleichen Frage vorliegt.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Etat des Reichskanzlers.

Kleinarbeit und Abstimmungen.

Aus dem Preussischen Landtag.

— Berlin, den 4. Februar 1931.

In der Fortsetzung der Aussprache zum Haushalt der preussischen Handels- und Gewerbeverwaltung bezeugte Ministerialdirektor Mertin in Beantwortung einer Anfrage das Ueberangebot von Gewerbelehrerinnen als eine Folge der Einschränkung des gewerblichen Unterrichts, zu der die wirtschaftliche Not gezwungen habe.

Abg. Brunt (Dnt.) erklärte, bemerkenswert sei, daß auch die Staatsmänner heute den Youngplan für undurchführbar hielten, die das Volksbegehren leidenschaftlich bekämpft hätten. Die Steuerpolitik vieler Gemeinden, die Ueberpannung der Sozialpolitik und die politischen Löhne hätten die Wirtschaft weiter der Verelendung entgegengeführt. Die Sanierung der Landwirtschaft sei zu erreichen durch Annahme des Hugenbergschen Entschuldungsplans.

Abg. Altpeter (Dnt.) wünschte Senkung der Zinssätze und sprach die Hoffnung aus, daß die Senkung der Haus-

zinsen dem Baugewerbe größere Arbeiten bringen möge. Da die deutsche Produktion um 20 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert worden sei, müsse die Frage der Arbeitsbeschäftigung in den Vordergrund treten.

In Beantwortung einer völksparteilichen Großen-Anfrage über Bahnbauten in den östlichen Grenzgebieten führte Ministerialrat Wiant aus, daß im Reichsstatut unter den Hilfsmitteln 10 Millionen Reichsmark zu Vorarbeiten für Eisenbahnbauten vorgesehen seien. Die Reichsbahndirektion Dppeln sei angewiesen, die Vorarbeiten für die Strecke Groß-Strehlitz—Kandrin sofort aufzunehmen. Eine gleiche Anweisung sei für die Strecke Schöwerin—Kreuz ergangen. Hinsichtlich der Strecken Gienburg—Reidenburg und Ramlau—Neumittelwalde schwebten noch Erwägungen, ob nicht eine Kraftwagenlinie zweckmäßiger als eine Eisenbahnlinie sei. Die Staatsregierung werde sich auch weiterhin für beschleunigte Inangriffnahme der Bahnbauten mit Nachdruck einsetzen.

Abg. Heidenreich (D. Vp.) wünschte intensivere Förderung des Kleinbahnwesens und kritisierte die Kreditpolitik der Banken. Die Arbeitslosigkeit könne u. a. auch dadurch bekämpft werden, daß man Mittel zur Erhaltung des Altwohnraums bereitstelle.

Die Beratung wurde dann unterbrochen zur Vornahme von Abstimmungen zu den Haushalts- und Landwirtschafts-, Domänen- und Güterverwaltung.

Zum Landwirtschaftshaushalt wurde ein Antrag der Deutschen Fraktion angenommen, der die Mittel für Schuttwaldungen und Waldgenossenschaften um 50 000 Mark erhöhte. Weiter fand das Ausschußprogramm Annahme, das Maßnahmen für die Stillezeiten fördert, sowie weitere Senkung der Realsteuern, Ausbau des Schutzes für landwirtschaftliche Produkte usw.

Beim Domänenhaushalt wurden Anträge angenommen, die in Notfällen eine Entbindung und Niederlegung der Steuern ermöglichen sollen. Die bei der Stillezeitenarbeit verbleibenden Restgüter sollen möglichst an Bauernomänen umgewandelt werden. Für Begehren und Eisenbahnschlüsse sowie für den Bau von gesunden Landarbeiterwohnungen sollen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache zur 2. Beratung des Haushalts warnte Abg. Heidenreich (D. Vp.) vor übertriebenen Hoffnungen auf eine allgemeine Verabreichung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche.

Abg. Mohrbutter (Dt.-Hann.) wandte sich gegen die Lururiösen Bauten der Ortskrankenkassen und verlangte strengste Sparpolitik bei der öffentlichen Verwaltung. Die Verkürzung der Arbeitszeit würde einer Verbilligung der Preise entgegen.

Abg. Dr. Zeitlin (Staatsp.) bezeichnete den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht als unbrauchbar, dagegen hielt er die Kürzung der Arbeitszeit für erwägenswert.

Abg. Schmidt-Breslau (Wirtschp.) vermehrte tatsächliche Hilfe für Handwerk, Handel und Gewerbe; man lasse es nicht bei Besprechungen bewenden. Der Staat und die Gemeinden machten dem Mittelstand durch ihre steuerfreien Betriebe immer noch die schwerste Konkurrenz.

Abg. Frau Albrich (Christl. Soz. Volksdienst) lehnte die Arbeitsdienstpflicht wegen der zu hohen Kosten ab. Man müsse gegen die Behauptung mancher Kreise Front machen, als ob die Arbeitslosen keine Lust zur Arbeit hätten.

Abg. Frau Hanna (Soz.) wies darauf hin, daß Millionen Menschen in der Welt jetzt hungern und frieren müßten, obwohl eine Ueberproduktion an Bedarfsartikeln vorhanden sei.

Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr.

Die neue Geschäftsordnung.

Zur Verfassungsänderung im Reichstag.

Im Reichstag haben die interessierten Fraktionen einen gemeinsamen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht, über den am Sonnabend abgestimmt werden soll.

Die wichtigste Änderung enthält einen neu formulierten Paragraph 48a, in dem es heißt:

Ein Antrag, der eine Finanzvorlage da stellt und eine Ausgabenvermehrung oder eine Einnahmensenkung zum Gegenstand hat, wird nur zusammen mit dem dazugehörigen Titel des Haushaltsplans und nur dann beraten, wenn er mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Regelung verbunden ist.

Eine weitere Abänderung der Geschäftsordnung besteht darin, daß die Feststellung, ob das Kabinett und seine Mitglieder das Vertrauen des Reichstags besitzen,

Grippe, Erkältungskrankheiten

werden mit den hervorragend bewährten Togat-Tabletten erfolgreich bekämpft. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Über 6000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten, darunter viele von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken und Krankenanstalten. Überausende Erfolge! Togat beseitigt die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege, es löst die Garmilieu-Frage. Sie Ihr Arzt. Machen Sie noch heute einen Versuch! In all Apoth. M. 1.40. 12,6 Lith., 6,48 Chinin, 74,3 Acid. acetic, nat., 100 amyl.

künftig nur in der Form erfolgen darf, daß beantragt wird:

„Der Reichstag entzieht dem Reichskanzler (der Reichsregierung, dem Reichsminister) das Vertrauen.“

Bauernabordnung bei Brüning.

Aussprache über die Stärkung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.

Vertreter der Bauernschaft wurden vom Reichskanzler in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers für Agrarpolitik zur Aussprache über die agrarpolitische Lage empfangen.

Die Vertreter der Bauernschaft wiesen auf die außerordentlich schwierige Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft hin, hervorgerufen durch die Konkurrenz des Auslandes unter gleichzeitiger Verelendung der Futtermittelkassen und verschärft durch das Fehlen leistungsfähiger Absatzorganisationen. Es wurde eine sofortige Inangriffnahme dieser Probleme durch reichsrechtliche Regelung erbeten. Dem Reichskanzler werden alsdann Vorschläge betreffend die bessere Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen beim Kartoffelbau und bei der Regelung der Zuckerrückführung unterbreitet.

Bei der Besprechung der Hilfeschancen wurde von den Vertretern der Bauernschaft mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit produktiver Hilfsmittelmaßnahmen und der bäuerlichen Befähigung hingewiesen.

Der Reichskanzler sagte den Vertretern der Bauernschaft zu, daß die vorgetragenen Wünsche bei den in Angriff genommenen Gesetzgebungsarbeiten nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollten.

„Do X“ beschädigt.

Weiterflug erst in zwei Wochen.

Das Flugzeug „Do X“ ist in Las Palmas beim Start zum Flug nach den Kap Verdischen Inseln durch zwei heftige Sturzwellen beschädigt worden. Die Havarie soll unbedeutend sein. Es aber Ersatzteile aus Friedrichshafen benötigt werden, ist mit einem Weiterflug vor Ablauf von zwei Wochen nicht zu rechnen.

Gehrungen für Dr. Schnee.

— Berlin, 5. Februar. Bei einem Festessen zur Feier des 60. Geburtstages von Gouverneur a. D. Dr. Schnee würdigte Reichsarbeitsminister Dr. Cuno die großen Verdienste des Geehrten, die er sich im Wirken für die auswärtige Politik des Reiches in 34 Jahren erworben habe. Reichswehrminister Dr. Groener schilderte die Verdienste Schnees während der Verteidigung Deutsch-Litauens im Weltkrieg.

„Was man gegen Grippe und Infuenza tun kann.“ Ein namhafter Berliner Internist, der sich auf reiche praktische Erfahrungen stützen kann, empfiehlt bei der Bekämpfung dieser heimtückischen Krankheiten besonders die Verwendung einer Mischung von Chinin und Salicylpräparaten. Diese Kombination weisen die Togat-Tabletten auf, die sich schon seit 16 Jahren hervorragend bewährten. Dieselben enthalten außerdem noch andere Bestandteile, deren Auswirkung auf den Organismus bisher wenig bekannt war, welche aber nach den neuesten Erkenntnissen der sonst bei Verwendung von Salicylaten auftretenden Herz- oder Magenstörungen verhindern. Es ist also im Interesse eines jeden einzelnen gelegen, mit Togat einen Versuch zu machen.

Bethel.

— Musikalische Feier in der Zionkirche. Die gestern angekündigte Feier findet heute (Donnerstag) abend um 8 Uhr statt.

— Die Blaukreuzkinder am Donnerstag abend fällt in dieser Woche aus.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Freitag, 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. 1. Aufnahmen, 2. Mitteilungen, 3. „Aus meinem Erleben in der Fremdenlegion“ (Vortrag eines ehemaligen Legionärs).

Anzeigen aus Bethel.

— Möbliertes Zimmer, Nähe Bethel, zu vermieten. Koch, Deckertstraße 56.

— Rodelschlitten 3—4 Sitzer, wenig gebraucht, preiswert verkäuflich. Rosendahl, Tischlerei.

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Gutte; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Leibstückenbinden

erhöhen das Wohlbefinden

Radmännische Beratung und Bedienung

Reformhaus zur Gesundheit

Bahnstraße 2 Ecke Bahnhof

Aluminium-u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Ernst Münch, Brackwede

Telefon 2426 Gegr. 1886 Hauptstraße 81

Uhrmachermeister, Optiker

ZentRa- und ZentRa-Tavannes Uhren

Platura Bestecke, einziges Fabrikat mit eingelöteten Silberplatten an den Auflegestellen

Moderne Augenoptik, Brillen, Klemmer, Ferngläser, Theatergläser, Schmuck, Alfenidwaren, Kristall, Trauringe.

Auf sämtl. Großuhren und Wecker weitgehendsten Preis-Abbau.

Wer

kann christliche Persönlichkeit als Hauslehrer empfehlen? Meldungen an Dr. Reuße, evgl. Pädagogium, Röslin (Pomm.)

Haustochter

gesucht, möglichst bald, für gutbürgerl., christl. Haush. 2 Pers. Rektor Strangmeier, Herford, Stiftberg.

14-15j. Mädchen

findet (mit gleichaltriger Tochter) sorgfältige Ausbildung in Küche, Haus und Garten und Weiterbildung in allen Schulfächern. Auf Wunsch Musikunterricht. Mäßige Kosten. Im Sommer 2 1/2 wöch. Aufenthalt. Kinderhaus Heimgarten, Jüngerheim (Bergstr.) bei Darmstadt.

Suche Haustochter

für meine 4 Kinder (4—9 Jahre). Schlicht um schlicht. Mädchen im Hause.

Pastor H. Brandenburg Stadtmittelsinspektor Berlin S 53, Kottbuser Damm 72

Pastor Felkes Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisauflage franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Stellengefuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Haus Berghalde in Wernigerode

in schönster Lage, direkt am Walde, nimmt jederzeit alle stehende Damen mit und ohne Kinder, auch Erholungsbedürftige, für längere oder kürzere Zeit bei mäßigen Preisen auf. Gute Verpflegung, christliches Haus. Haus Berghalde, Wernigerode Bollhaldental 8.

Kur-Anstalt Erholungsheim Ebert

vegetarisch und Rohkost Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage Pastor Felkekuren. Prosp. freil.

Hochfeiner la Honig

garantiert reiner, hellgelb. 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko. 5-Pfund-Dose 6,— RM franko. Versand Nachn. Garant. Zurückn. Heermann'scher Honigversand Werthe 1. H. Nr. 183.

Nr. 32.

Ein feste Die find

Die lan

Die Hauptf rein äußerlich den Lokalen u tes Bild. Taus lin auf, um d chen oder an d oder der De u schaft teilzun

Sinnlich es Menschen, solche hoffspiel sollen. Schon i schaften nahefe der Zeit allgen anstalten. Die stimmen, denn auch die Lande Austausch von fenschaft und Aufgaben dien chen Verantst Industrie zeig lände ihre ted sche Landwirts legenheit zahl Nuthringendes die Landwirts verschiedensten erreicht morde „Woche“ fällt d welches dem s Produktion jäh hat. Es ist jed weis zu finde licher Produkti verdienen, den fen. Wenn m abzieht, dann mühelos Spek Landwirtsch bracht wird. s Erzeuger zum darf dabei viel ung dieses W der von der R geschriebene P

Erfreulich daß die M Gselproduktion hat. Wenn duktion der n keit absolut v merkwürdige Landwirtschaft men werden, den erzielten ihr nahesteher sondern auch zwischen Erz ren. Sollte di den, dann dir stellung erfüllt In die „Gr Heerschau des Jahre halben zum Teil mit funden. Der J bereits zu ein Bund der seine Riesend handelte es sic Reichslandbu denken. Wer harten, gebäu fenum Willen rufstand zu k früheren Jahr sondern die R